

NACHRICHTEN

WAHLEN IN SABAH: OPPOSITIONS-PARTEI ERHÄLT ABSOLUTE MEHRHEIT - COUP-VERSUCH DER VERLIERER

Die Wahlen im ost-malaysischen Bundesstaat Sabah am 20./21.4. brachten einen überraschenden Wahlerfolg der erst 3 Monate alten Parti Bersatu Sabah - PBS - (= Vereinigte Sabah Partei). Von 48 Sitzen im Parlament konnte sie auf Anhieb 25 besetzen, während die bis dahin mit 44 Sitzen regierende "Berjaya" Partei nur noch 6 Mandate erhielt. Selbst der bisherige Ministerpräsident Datuk Harris Salleh mußte in seinem Wahlkreis das Mandat an einen unbekanntem Kandidaten von PBS abgeben. Zweitstärkste Partei wurde die United Sabah National Organisation - USNO - (Vereinigte Nationale Organisation Sabahs) unter Tun Mustapha Harun mit 16 Mandaten, 3 mehr als bisher. Mustapha war 10 Jahre Ministerpräsident von 1966-76 gewesen und wurde von Berjaya damals abgelöst. Mustapha wurde eine autoritäre und korrupte Regierungsführung vorgeworfen. Obendrein hatte er sich damals auch noch mit der Bundesregierung in Kuala Lumpur überworfen. Die United Pasok Nunukragang National Organisation - Pasok - erhielt

ein Mandat. Der Gewählte lief bereits vor dem endgültigen Wahlausgang zur PBS über.

Sieger der Wahl ist ihr Präsident Datuk Joseph Pairin Kitingan, ein christlicher Kadazan. Von den 1,2 Mio. Einwohnern Sabahs mit 28 ethnischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sind die Kadazans mit knapp 30 % die größte. PBS ist zwar eine multirassische Partei, wird aber hauptsächlich von Kadazans getragen. Kitingan war früher Mitglied von Berjaya und auch im Kabinett unter Harris. Er verließ die Partei, weil sie nicht genügend die Interessen der Kadazans berücksichtigte und sich zu stark an die Bundespolitik der Nationalen Front anlehnte.

In der Nacht vom 21./22.4. hatte Berjaya-Chef Harris noch versucht zusammen mit USNO eine Koalition zu bilden. Mustapha als Ministerpräsident einer Minderheitenregierung wurde auf Harris Drängen Gouverneur Tun Adnan Robert vereidigt, allerdings ohne Zustimmung des Obersten Richters von Borneo und des General-Staatsanwalt des Bundesstaates. Auf Drängen der Bundesregierung in Kuala Lumpur, die ausdrücklich dazu aufforderte, daß Votum der Mehrheit zu akzeptieren, wurde dann schließlich am 22.4. abends doch PBS-Präsident Kitingan vom Gouverneur in Anwesenheit des Richters

und Generalstaatsanwaltes als Ministerpräsident vereidigt. Berjaya gehört zu den regierungstragenden Parteien - der Nationalen Front - in Kuala Lumpur.

Inzwischen hat PBS weitere 3 Überläufer-Stimmen von Berjaya erhalten und die Regierung unter Kitingan verfügt nun über eine sichere Mehrheit im Staatsparlament. Hinzu kommen noch weitere 6 Mandate, die nach der Verfassung von der Mehrheitspartei ernannt werden können. PBS hat hierzu u.a. 2 Muslime ernannt, die auch Ministerposten erhielten. Auch ist Kitingan bereit mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten und in die Nationale Front einzutreten. Eine der ersten Amtshandlungen von Kitingan war die Aufhebung des Einreiseverbots nach Sabah für Oppositionsführer der im Bundesparlament vertretenen Democratic Action Party - DAP - Lim Kit Siang, das Harris angeordnet hatte. Probleme für die neu gebildete Regierung sind die auf 2-4 Mrd. Ringgit (DM 2,6 - 5 Mrd.) angehäuften Schulden, die "Verschwendung von Sabahs Ressourcen" - insbesondere das unkontrollierte Abholzen des tropischen Regenwaldes - und die 300.000 indonesischen, philippinischen und pakistanischen Einwanderer bzw. Flüchtlinge.

- vgl. FEER 21.3., 2.5., 9.5.1985, AW 3.5.1985

ISLAMISCHE OPPOSITIONSPARTEI: AUCH NICHT-MALAYEN KÖNNEN PREMIERMINISTER WERDEN

Auf einem Seminar der Parti Islam SeMalaysia - PAS - über nationale Einheit erklärte ihr Vizepräsident und Religionslehrer Hadi Awang, daß der Islam eine universelle Religion ist, die Gleichheit fördert und Spaltung des Gemeinwesens ablehnt. "Ein Führer in einer islamischen Gesellschaft, wie Malaysia, muß ein guter Muslim sein. Selbst ein Chinese oder Inder kann in einer islamischen Gesellschaft, wie der unsrigen, ein Führer sein, vorausgesetzt er ist ein gläubiger Muslim".

Zu dem Seminar am 10. Febr. 1985 waren nicht nur Parteianhänger, sondern eine größere Anzahl von Nicht-Malayen und Nicht-Muslimen, also ethnische Chinesen und Inder, eingeladen und gekommen. Der Veranstaltungsort war die sogenannte "Chinesische Versammlungshalle" von Selangor in Kuala Lumpur, wo sonst fast ausschließlich Veranstaltungen der chinesischen Bevölkerung stattfinden. Die Partei hatte sogar Spruchbänder mit chinesischen Schriftzeichen aufgehängt, um die Veranstaltung anzukündigen.

Diese Erklärung der sonst als radikal islamisch und malaisch eingestuftem Oppositionspartei wurde von politischen Beobachtern mit

einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Bisher war von PAS bekannt, daß sie die malaisische Regierungspartei UMNO kritisiert hat, daß sie in einer Regierungskoalition mit chinesisch- und indischstämmigen Nicht-Muslimen zusammenarbeitet. Es wird darüber spekuliert, daß PAS aufgrund einiger Wahlniederlagen gegen die malaisische Regierungspartei UMNO eine Umorientierung hinsichtlich der Ausgrenzung von Nicht-Malayen vornimmt. Malaisischer Abstammung und von Geburt an Muslime sind etwas über die Hälfte der Bevölkerung Malaysias.

Hadi betont allerdings, daß nichts besonderes an seinen Äußerungen sei. "Der Islam legt größeres Gewicht auf den Glauben als auf irgendetwas anderes. Wenn man ein gläubiger Muslim ist, ist die Herkunft oder ethnische Gruppe, zu der man gehört, irrelevant". PAS sei eine islamische Partei und keine Partei der Malayen. Dr. Chandra Muzaffar, Muslim Konvertit indischer Herkunft und ideologischer Kopf der Reformbewegung "Aliran" war u.a. ebenfalls zu dem Seminar geladen. Er begrüßte die Initiative von PAS, ein solches Seminar zu veranstalten und dazu extra Nicht-Malayen einzuladen, die für ihre anderen Auffassungen bekannt sind. Den einzigen Nachteil bei der Veranstaltung sah er darin, daß es noch nicht zu einem richtigen Gedankenaustausch gekommen sei.

- vgl. AW 8.3.1985, S. 23-25

REGIERUNG UNTERSAGT VERSCHLEIERUNG VON FRAUEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Anfang des Jahres gab die malaysische Regierung einen Erlass heraus, nachdem die im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen sich während der Arbeit nicht so kleiden dürfen, daß ihr Gesicht verschleiert ist. Diese Maßnahme richtet sich gegen Tendenzen unter Muslimen, fundamentalistische Interpretationen und Lebensweisen des Islams in Malaysia einzuführen. Außerdem befürchtet die Regierung, daß durch eine Verschleierung des ganzen Gesichts der Kontakt von öffentlich Bediensteten und der Öffentlichkeit eingeschränkt würde.

Bisher sind solche Tendenzen, Kleidung und Lebensweise nach den strengen arabischen Vorbildern auszurichten, noch vereinzelt und meist unter jungen malaischen Intellektuellen verbreitet, die in den USA und Großbritannien studiert haben. Kritiken an diesem Erlass sind bisher eher prinzipieller Natur, im Sinne einer ungerechtfertigten Einmischung der Regierung in die persönliche Freiheit des Einzelnen. Andererseits machen sich dieselben Kritiker auch Sorgen über das blinde Nachmachen von allem "arabischen", ganz gleich ob es der einheimischen Gesellschaft oder dem tropischen Klima entspricht.

- vgl. FEER 28.3.85, S. 22

(MTUC) beschuldigte die Multis, daß sie durch den Geschäftsrückgang "die Regierung dazu erpressen wollen, die Steuerbefreiung zu verlängern".

Andere Multis wie Intel, National Semiconductor und Texas Instrument, die alle Betriebsstätten in Malaysia unterhalten, berichten ebenfalls von finanziellen Schwierigkeiten.

Nach statistischen Angaben der Regierung vom August 1984 beschäftigen 57 Firmen der Elektronik Industrie 78.038 Arbeiter/innen. 1983 machte sie Verkäufe im Wert von 4,3 Mrd. Ringgit (= s.s., Mrd. DM) und zahlte 389 Mio. Ringgit (=502 Mio. DM) an Löhnen.

-vgl. ALM Vol. 2, No. 1, S. 16

WEITERE VERSCHÄRFUNG DES ANTI-RAUSCHGIFT-GESETZES

Am 11. April verabschiedete das malaysische Parlament eine weitere Verschärfung des "Dangerous Drugs Act - Special Preventive Measures" (Gefährliche Rauschmittel Gesetz - Sondermaßnahmen zur Verhinderung). Danach kann die Polizei Personen, die des Rauschgifthandels verdächtigt werden, 2 Jahre ohne Prozeß festhalten. Diese Verschärfung des Gesetzes lehnt sich an eine entsprechende Befugnis des Gesetzes zur Inneren Sicherheit - ISA - an. Kritiker sehen darin die schlimmste Verletzung der bürgerlichen Grundrechte in Malaysia.

Das Anti-Rauschgift-Gesetz sieht bereits zwingend die Todesstrafe vor, wenn einer Person der Besitz von 15 Gramm Heroin oder Morphin nachgewiesen wird. Seit Einführung der Todesstrafe in Zusammenhang mit Rauschgift 1975 wurden 75 Menschen hingerichtet. Zur Zeit sollen 37 nach diesem Gesetz zum Tode Verurteilte in malaysischen Gefängnissen auf ihre Hinrichtung warten.

In Malaysia sind nach offiziellen Angaben 107.000 Rauschgiftsüchtige bekannt, darunter 80 % heroinsüchtig. Malayen bilden bei weitem den größten Anteil, gefolgt von Personen chinesischer und indischer Herkunft.

- vgl. FEER 16.5.1985, S. 44/45

2. "DIALOGUE OF CONCERN" ZUR ARMUT IN MALAYSIA

Am 13. Februar 1985 fand auf Initiative von "Aliran" der 2. "Dialogue of Concern" in Kuala Lumpur statt. Wie bereits beim ersten Treffen im September 1984 beschlossen (vgl. SOA-Informationen Nr.1/85, S. 24/25), wurde das Thema "Armut" behandelt. 13 nicht-staatliche Organisationen und Parteien waren auf der Sitzung vertreten. Nach längerer Diskussion wurde eine gemeinsame zur Armut verabschiedet. Lediglich die "Student Christian Movement" (SCM) unterschrieb sie nicht. Die "Social Democratic Party" (SDP) konnte dem Treffen nicht beiwohnen, unterschrieb aber nachträglich die Erklärung. Zu den Unterzeichner-Organisationen dieser Erklärung gehören u.a. der Malaysian Trade Union Congress (MTUC), Democratic Action Party (DAP), die Parti Sosialis Rakyat Malaysia (PSRM) und die Parti Islam SeMalaysia (PAS).

In der Erklärung wird die Situation für Malaysia folgendermaßen beschrieben: "Nach Regierungsstatistiken lebten 1983 30,3% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. In den ländlichen Gebieten hat die Armut zugenommen von 37,4% auf 41,6% der Bevölkerung 1983". Betroffen sind vor allem Kleinbauern, Plantagenarbeiter/innen und Fischer in den überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Bundesstaaten Kedah, Trengganu, Kelantan und Perlis sowie Ost-Malaysia.

Die Einkommensdisparitäten zwischen reich und arm haben sich verschärft. 1957/58 verfügten 40% der Bevölkerung noch über 15,9% des Gesamteinkommens. 1976 waren es nur noch 10,3%.

Die Ursache der Armut wird in der ungleichen Verteilung von Wohlstand und Macht zu Gunsten einer kleinen Oberschicht gesehen.

Die Wirtschaftsstruktur ist so angelegt, daß sie im wesentlichen ihren Interessen zu Gute kommt, nach dem Prinzip der Profit-Maximierung und der Akkumulation von Wohlstand. Malaysia ist außerdem in das internationale kapitalistische System eingegliedert und davon abhängig. Durch große Gewinne ausländischer Unternehmen werden Werte ins Ausland transferiert, die u.a. den Armen in Malaysia nicht mehr zur Verfügung stehen.

Langfristig können die Ursachen der Armut durch Umstrukturierung der Wirtschaft beseitigt werden. Nicht das Kapital sondern die Arbeit bilden die Grundlage der Wirtschaft. In einem dezentralisierten Wirtschaftssystem muß der Mehrheit der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, direkt an Entscheidungsprozessen teilzunehmen.

Kurzfristig wird die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zur Landreform, zur Kontrolle der Preise von Grundversorgungsgütern der Verbraucher, sowie von landwirtschaftlichen Investitionsgütern und zur Änderung des Kreditystems zu ergreifen. Außerdem sollte ein Minimum-Lohn eingeführt und ein großes Programm zum Bau von billigen Wohnungen initiiert werden. Die Unterzeichner der Erklärung verpflichteten sich, dafür zu sorgen, daß das Bewußtsein in der Bevölkerung über Ursachen und Probleme der Armut verbreitert wird.

Wortlaut der Erklärung in: Aliran Vol. 6, No. 3, S. 2-5

Buchbesprechung

Poor Malays Speak out: Paddy Farmers in Muda von Shukor Kasim, David Gibbons, Halimah Todd (Maricans, Kuala Lumpur 1984, ca. 80 S.)

"Dieses Buch setzt sich ein für eine Gruppe, die in unserer nationalen Entwicklung benachteiligt wurde: die armen Reisbauern von Muda"; mit diesem Satz beginnt ein Buch, das sich mit der Armut der Reisbauern in Malaysia's "Reis-schüssel" auseinandersetzt: dem Muda-Projekt im Nordwesten der Halbinsel.

Das Muda-Bewässerungs-Projekt erstreckt sich über die Küstenebenen der Bundesstaaten Kedahs, Perlis

und des nördlichen Penang, mit dem Perlis-Fluß im Norden und dem Yan-Fluß im Süden. Das Gesamtgebiet umfaßt etwa 1.200 km², von denen ca. 100.000 Hektar durch zwei Dämme bewässert werden. Das Muda-"Scheme" umfaßt weiterhin etwa 1.200 km an Kanälen, 800 km Abwässergräben und mehr als 2.000 km befestigter oder geteeter Straßen.

Das Muda-Projekt ist als das größte ländliche Entwicklungsprojekt im "Ersten Malaysia Plan" (1966-70) formuliert worden und sollte die Grüne Revolution auch nach Malaysia bringen. Das Ziel war, Zweifachern von Naßreis soweit wie möglich zu erzielen und damit vor allem das Los der Kleinbauern und Landarbeiter zu verbessern. Die erste Phase des Muda-Projektes kostete 235 Millionen (1 MD etwa 1,29 DM) von denen die Weltbank MD 135 Millionen stellte, am anderen Ende (1975) auf

ca. 92 % der gesamten Anbaufläche Zweifachern eingebracht werden konnten. Weitere MD 152 Millionen sollten bis heute für die zweite Phase investiert werden (Quellen: Malaysia Pläne, FarEastern Economic Review). Im Jahr 80/81 wurden etwa 800.000 t Reis in der Muda-Region geerntet, gegenüber etwa 220.000 t vor Projektbeginn. Damit deckt Muda zur Zeit etwa die Hälfte des nationalen Verbrauchs an Reis auf nur einem Viertel der Gesamtanbaufläche für Naßreis. Mehr als 60.000 Familien leben in der Muda-Region. Von 1965-1984 hat sich das durchschnittliche Realeinkommen der Haushalte nahezu verdreifacht. Bei einer solch relativ spektakulären Entwicklung, die in Malaysia immer wieder gepriesen wird, aber die auch international ihre Anerkennung findet, kann man da von Armut breiter ländlicher Bevölkerungsa-